



# HESSISCHER LANDTAG

8. Wahlperiode

Drucksache 8/2166

(zu Drucks. 8/1774)  
23. 01. 76

## Antwort der Landesregierung

auf die Große Anfrage der Abg. Korn, Throll (CDU) und Fraktion

betreffend Bildungsauftrag der Heimvolkshochschule Falkenstein  
— Drucks. 8/1774 —

Die Große Anfrage beantwortet der Kultusminister im Namen der Landesregierung wie folgt:

In der Heimvolkshochschule Falkenstein fanden sich kürzlich auf einem Schriftenstand unter der Überschrift „Zum Mitnehmen“ Flugblätter des Sozialistischen Büros Offenbach. In dem Flugblatt mit anhängender Zahlkarte, in dem zur Spendensammlung auf ein Sonderkonto „Portugal-Solidarität“ bei der Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach aufgerufen wird, heißt es wörtlich: „Gerade in der BRD, wo das Kapital recht massive Interessen in Portugal hat, wo die Bundesregierung mit an Bedingungen gebundenen Kredithilfen die Absicht verfolgt, den revolutionären portugiesischen Prozeß im Sinne einer sozialdemokratischen, das heißt prokapitalistischen Perspektive zu beeinflussen und wo die Massenmedien diese Interessen und Absichten mit einer gezielten Hetzkampagne unterstützen, indem sie der Öffentlichkeit das Gespenst einer kommunistischen bzw. Militärdiktatur vorlügen, — gerade hierzulande also ist die aktive Solidarität mit dem Kampf der fortschrittlichsten Kräfte Portugals eine aktuelle Aufgabe für die gesamte Linke. Dabei geht es zum einen darum, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen, um die Bevölkerung über die tatsächlichen Ereignisse in Portugal zu informieren, sowie über die Ziele des Kampfes, der dort von Arbeitern und Bauern im Bündnis mit dem konsequent sozialistischen Flügel der Bewegung der Streitkräfte geführt wird.“ In der Sitzung des Beirats der Adolf-Reichwein-Stiftung, Heimvolkshochschule Falkenstein, am 6. 10. 1975 wurde die Auslegung dieses Flugblattes in den Räumen der Heimvolkshochschule Falkenstein von dem Leiter des Hauses, Dr. Dieter Sperling, MdB, ausdrücklich gebilligt.

1. Welchen Bildungsauftrag mißt die Landesregierung der Heimvolkshochschule Falkenstein im Rahmen des Gesamtbildungsangebots der Erwachsenenbildung in Hessen bei?

Die Heimvolkshochschule Falkenstein der Adolf-Reichwein-Stiftung ist eine Bildungseinrichtung im Sinne des § 4 Abs. 2 des Volkshochschulgesetzes vom 12. 5. 1970 und erfüllt Aufgaben und Grundsätze der Volkshochschularbeit gemäß §§ 1 und 3 des Volkshochschulgesetzes; sie hat danach die Aufgabe, „den Teilnehmern ihrer Veranstaltungen die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten für Leben, Beruf und gesellschaftliche Tätigkeiten zu ermöglichen. Ihr Bildungsangebot wendet sich an alle Erwachsenen und Heranwachsenden, die ihr Wissen und ihre Bildung erweitern wollen und durch Weiterlernen eine ständige Auseinandersetzung mit den Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erstreben“ (§ 1 VHG):

Eingegangen am 23. Januar 1976 · Ausgegeben am 12. Februar 1976

Druck: Carl Ritter & Co. Wiesbaden · Vertrieb: Verlag Dr. H. Heger 53 BN-Bad Godesberg Goethestr. 56 Tel. (02221)/363551

Nach der Stiftungs-Verfassung hat die Heimvolkshochschule Falkenstein den besonderen Auftrag, die gesellschaftliche und politische Bildung zu fördern und zu vertiefen.

Ihren Bildungsauftrag hat die Leitung der Heimvolkshochschule in den Handbüchern über Stätten der politischen Bildung (herausgegeben vom Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten) wie folgt beschrieben:

„Die Heimvolkshochschule Falkenstein möchte den jeweiligen gesellschaftlichen Standort der Teilnehmer und die von ihm geprägten Denkmuster und Betrachtungsweisen in ihren geschichtlichen und gesellschaftlichen Vermittlungen und Verflechtungen mit dem politischen Geschehen ins Bewußtsein heben. Dabei soll Verständnis für den Kompromißcharakter der Demokratie in einer konfliktbestimmten pluralistischen Gesellschaft geweckt und die Erkenntnis vermittelt werden, daß Opposition und Protest ebenso staatsbürgerlichen Tugenden entspringen können wie Mitarbeit in jeweils regierenden Parteien und staatstragenden Verbänden.“

2. Wie steht die Landesregierung auf dem Hintergrund dieses Bildungsauftrags zu der Auslegung des Spendenaufrufs „Solidarität für Portugal“, hrsgg. vom Sozialistischen Büro, Offenbach, und der ausdrücklichen Billigung der Auslegung dieses Flugblattes, mit dem die pluralistische Demokratie bekämpft und eine kommunistische Machtübernahme in Portugal unterstützt wird, durch den Leiter der Heimvolkshochschule?

Die Landesregierung billigt nicht den Inhalt des Spendenaufrufs „Solidarität für Portugal“, herausgegeben vom Sozialistischen Büro, Offenbach, der im eklatanten Widerspruch zu den stets von ihr vertretenen Ansichten steht.

Wie mir die Heimvolkshochschule Falkenstein berichtet hat, ist der Spendenaufruf weder von der Schulleitung noch von Mitarbeitern der Heimvolkshochschule, sondern von Teilnehmern eines in der Schule abgelaufenen Kurses auf dem Regal im Großen Aufenthaltsraum ausgelegt worden. Dieses Regal hat folgenden Zweck:

Ein Teil des Regals dient zur Auslage von Informationsmaterial, das von den Teilnehmern nicht mitgenommen werden darf. Hier werden von der Heimvolkshochschule Falkenstein u. a. Tageszeitungen und Fachzeitschriften ausgelegt:

Frankfurter Allgemeine Zeitung — Frankfurter Rundschau — Die Welt — Süddeutsche Zeitung — Neue Zürcher Zeitung — Taunus-Zeitung — Das Parlament — Hessische Blätter für Volksbildung — Aufbau (eine deutschsprachige Wochenzeitung aus den Vereinigten Staaten) — Informationsschriften verschiedener Botschaften.

Ein anderer Teil des Regals mit der Überschrift „Zum Mitnehmen“ dient zur Auslage von Informationsmaterial, das von den Teilnehmern mitgenommen werden kann. Dieses Regal wird auch von den Teilnehmern zur gegenseitigen Information genutzt; es können also Informationen mit Unterrichtsergebnissen und mitgebrachte Informationen ausgelegt werden. — Die Heimvolkshochschule Falkenstein legt u. a. aus: Programme und Einladungen zu Veranstaltungen der Volkshochschulen — Informationsmaterial des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen — des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung — der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung — des Hessischen Rundfunks (3. Programm, Funkkolleg).

Hinsichtlich des Spendenaufrufs enthält die Niederschrift der Sitzung des Beirats der „Adolf-Reichwein-Stiftung“ vom 6. 10. 1975, die von der Geschäftsführung der Heimvolkshochschule gefertigt und vom Vorsitzenden der „Adolf-Reichwein-Stiftung“, Herrn Landtagsabgeordneten Rohmann, unterzeichnet ist, folgende Darstellung des Sachverhalts:

„Beiratsmitglied Korn fragt nach einem in der ‚Auslage‘ vorhandenen Spendenaufruf für Portugal, der aus ‚Offenbach‘ kam und kritische Passagen zur

Verfassungswirklichkeit enthielt. Herr Korn zitierte diese Passagen und fragte, ob dies Material mit Billigung der Leitung der Heimvolkshochschule ausgelegt wurde. Herr Sperling erklärte: Wir üben keine Zensur über dort ausgelegtes Material. Teilnehmer dürfen auslegen, was sie für richtig halten, es sei denn, es handele sich um kriminelle oder eindeutig verfassungswidrige oder verfassungsfeindliche Texte. Auslage und Hinweis auf von Teilnehmern mitgebrachtes Material seien nützlich, um den Unterricht von Wünschen der Teilnehmer zu entlasten, von ihnen für wichtig gehaltene aktuelle Probleme darstellen und diskutieren zu wollen.“

Die Landesregierung hat diesen Ausführungen des Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Sperling nichts hinzuzufügen.

Der Landesregierung ist allerdings bekannt, daß Herr Landtagsabgeordneter Korn mit Schreiben vom 13. November 1975 an den Beirat der Adolf-Reichwein-Stiftung zum Protokoll der Beiratssitzung am 6. Oktober 1975 u. a. behauptet hat, Herr Bundestagsabgeordneter Dr. Sperling habe das Auslegen des Flugblatts gebilligt, und daß er um entsprechende Protokollberichtigung nachgesucht hat. Eine Behandlung dieses Begehrens und die Genehmigung des Protokolls ist bisher noch nicht erfolgt.

Nach Meinung der Landesregierung wäre es entsprechend der bisherigen vertrauensvollen Zusammenarbeit im Beirat, in dem Vertreter der Fraktionen des Landtags mitwirken, sachdienlicher gewesen, zunächst zu versuchen, die strittige Frage dort zu klären, anstatt sie in die Öffentlichkeit zu tragen.

Wiesbaden, den 16. Januar 1976

**Krollmann**

